

zum Kreis- und Strategieausschuss am 09.11.2020, TOP 4

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Ebersberg, 30.10.2020

Az.

Zuständig: Margrita Schwanke-Berner, ☎ 08092-823-145

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

Kreis- und Strategieausschuss am 09.11.2020, Ö

Haushalt 2021; Stellenplan 2021

Anlage 1-Stellenplan 2021 - Tischvorlage im KSA

Sitzungsvorlage 2020/3639

I. Sachverhalt:

Der organisatorische Stellenplan 2021 basiert auf dem Stellenplan 2020. Er stellt in der Spalte „tatsächliche Besetzung“ die Besetzung der Stellen zum 01.10.2020 dar. Ebenso sind die gegenüber dem Stellenplan 2020 eingetretenen internen Stellenverschiebungen durch Umorganisation und damit verbundener Umsetzungen von Bediensteten berücksichtigt.

Weitere Erläuterungen zum organisatorischen Stellenplan 2021:

blau = Stellen, die mit Staatspersonal besetzt sind (diese erscheinen nicht im haushaltsrechtlichen Stellenplan, da dort nur Stellen des Landkreises darzustellen sind)

lila = Änderungen der Eingruppierung gegenüber dem Stellenplan 2020

rot = Stellen, die für den Stellenplan 2021 neu beantragt werden

1. Stellenentwicklung

1.1 Änderungen gegenüber dem Stellenplan 2020

Aufgrund der Entwicklung der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015, 2016 und 2017 wurden von den im Jahre 2015 genehmigten Stellen für den Stellenplan 2017 9 Stellen, für den Stellenplan 2018 4 Stellen, für den Stellenplan 2019 weitere 8 Stellen und für den Stellenplan 2020 weitere 3 Asyl-Stellen zurückgegeben. Für den Stellenplan 2021 gelingt es weitere 3 Asyl-Stellen zurückzugeben, so dass nunmehr im Asylbereich noch 29 Stellen besetzt sind.

Die Besetzung der Asylstellen stellt sich zum Stand 01.10.2020 konkret wie folgt dar:

	genehmigte Stellen nach Rückgabe von 9 Stellen zum 01.01. 2017	davon besetzt zum Stand: 31.10. 2017	genehmigte Stellen nach Rückgabe von 4 Stellen zum 01.01. 2018	davon besetzt zum Stand: 31.10. 2018	genehmigte Stellen nach Rückgabe von 8 Stellen zum 01.01. 2019	davon besetzt zum Stand: 31.10. 2019	genehmigte Stellen nach Rückgabe von 3 Stellen zum 01.01.2020	davon besetzt zum Stand 31.10. 2020	Differenz (nicht besetzte Stellen)	Rückgabe von Stellen 2021
SG 22 - Sozialamt	17	13,99	14	10,82	10	8,82	9	8,59	0,41	0
+ 2 Stellen Staat										
Abt. 6 umA	21	21,78	21,00	16,55	18	15,31	16	12,13	3,87	3
Jobcenter	2	4	4	2,7	3	3	3	3	0	0
SG 31 – Ausländeramt	2	2	2	2	2	2	2	2	0	0
Gesundheitsamt	1	1	1	1	1	1	1	1	0	0
Bildung	0	1	1	1	1	1	1	1	0	0
Reservestellen	4	0	0	0	0		0	0	0	0
Summe	47	43,77	43,00	34,07	35,00	31,13	32	27,72		3

Zusammenfassung:

Im Bereich der „Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge“ können **drei Asyl-Stellen** (umA) abgebaut und **eingezogen werden**.

Die für 2020 genehmigten **drei allgemeinen Reservestellen** wurden im Laufe des Jahres nach intensiver Prüfung durch das zentrale Controlling und Einholung von Benchmarks – soweit möglich – als zusätzliche Stellen für folgende Bereiche verwendet:

- **1 Stelle für das Gebäudemanagement (Liegenschaftsamt)**
- **2 Stellen Sachbearbeitung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes/ Corona**

Diese **drei Stellen** werden für den **Stellenplan 2021 zusätzlich beantragt**.

Leider wird es auch in 2021 nicht möglich sein, die anstehenden Aufgaben mit den vorhandenen Stellen zu bewältigen. Von Seiten der Verwaltung wurden insgesamt 18 neue Stellen beantragt. Im Vorfeld wurde durch die Amtsleitung bereits eine **Kürzung folgender 6 beantragter Stellen** vorgenommen:

- Unterstützung Klimaschutzmanagement
(Hintergrund ist die befristete Weiterbeschäftigung des bisherigen Klimaschutzmanagers auf Wunsch der Amtsleitung mit 0,26 VZÄ bis 30.09.2021 um die neue Klimaschutzmanagerin bis zum Abschluss des geplanten Bürgerbegehrens zu begleiten;

diese Beschäftigung soll befristet über eine der Reservestellen erfolgen und kann zudem verkürzt werden, da der Bürgerentscheid nun bereits im Mai stattfinden soll)

- Sachbearbeitung Führerscheinstelle
(Für den Umtausch der Führerscheine wurde in 2020 eine zusätzliche Stelle genehmigt und besetzt. Bei Bedarf sollen ggf. Personalkapazitäten über eine Reservestelle geschaffen werden.)
- Sachbearbeitung Straßenverkehrsordnung
(Hintergrund sind neben dem steigenden Bearbeitungsumfang (Vorgespräche, Zunahme von Anfragen von Kommunen und Bürgern an den Landrat, Ortstermine mit allen Beteiligten) auch eine Steigerung der Fallzahlen. Hier soll zunächst eine Prozessoptimierung geprüft und umgesetzt werden.)
- Digitalisierungsfachkraft für SG 44 – Wasserrecht, Staatliches Abfallrecht, Immissionsschutz
(Hintergrund ist die anstehende Digitalisierung von 5.850 DIN A4 - Ordner mit ca. 40.000 Akten und ca. 10.000 Planunterlagen á DIN A0; Beschäftigung einer Vollzeitkraft für 7,5 Jahre. Vor der Beschäftigung eigenen Personals soll geprüft werden, die Dienstleistung extern zu vergeben.)
- Abteilung 6 – Sachbearbeitung Adoption
(Hintergrund ist eine Gesetzesänderung im Adoptionsrecht. Hierfür werden zusätzliche Personalkapazitäten in Höhe von 0,25 VZÄ benötigt. Diese können bei Bedarf zunächst aus Stellenresten bei den zwei Stellen Pflegestützpunkte gedeckt werden.)
- Abteilung 6 - Sachbearbeitung Kindertagesstättenaufsicht
(Hier werden zusätzliche Personalkapazitäten von 0,26 VZÄ benötigt. Diese werden ebenfalls aus Stellenresten gedeckt.)

Daher werden für den Stellenplan 2021 **zusätzlich zu den o.g. drei in 2020 besetzten Reservestellen (Gebäudemanagement, 2 Stellen Sachbearbeitung Infektionsschutzgesetzes/ Corona)**, folgende **9 neue Stellen** beantragt:

- Protokolldienst
- Support für Home Office
- Techniker für das Hausnetz
- Ausbildungsleitung
- Personalsachbearbeitung
- Sachgebietsleitung Corona im Gesundheitsamt
- Sachbearbeitung Corona im Gesundheitsamt
- Pflegestützpunkte (1,38 VZÄ entspr. 2 Stellen)

Alle o. g. Stellen haben das hausinterne Controllingverfahren durchlaufen und werden durch das zentrale Controlling unterstützt.

1.1 1 Stelle BL.12 Sachbearbeitung Protokolldienst (0,5 VZÄ)

Vom Leiter Büro Landrat (BL) wird eine zusätzliche Stelle, welche mit 0,5 VZÄ besetzt werden soll, beantragt. Begründet wird der Antrag damit, dass der Aufwand für die Protokollführung von Gremien nach der GeschO des Kreistags (KT, KSA, Fachausschüsse, AG PuV, Arbeitskreise) ständig ansteigt. Gründe hierfür sind die Themenfülle, die Diskussionsfreudigkeit, die steigende Zahl von Anträgen und Gremiumssitzungen sowie die steigenden Ansprüche an die Detaillierung der Protokolle. Die Stundenerhöhung wird von der Abteilungsleitung und dem zentralen Controlling unterstützt. Neben den genannten Argumenten dauern die Sitzungen länger und es muss Anspruch bleiben, Protokolle so rechtzeitig zu erstellen, dass sie möglichst spätestens mit der Ladung zur nächsten Sitzung versandt werden können. Es wird schon seit langem mit dem Sitzungsdienstprogramm Session gearbeitet, dessen Funktionen optimal genutzt werden. Die Protokollführerin bedient sich seit einiger Zeit ihres dienstlichen Laptops, um direkt in der Sitzung digital protokollieren zu können. Weitere Optimierungsmöglichkeiten sind nicht erkennbar.

Die ganzjährige Besetzung der Stelle bindet Personalkosten in Höhe von ca. **39.500 €**. Im **Jahr 2021** fallen aufgrund einer Besetzung ab voraussichtlich März **32.950 €** hierfür an.

1.1.2 Stelle 11.32 – Support der Home-Office-Arbeitsplätze

Die wachsenden Anforderungen, Aufgaben und Innovationen in der Digitalisierung binden auf Dauer zusätzliche personellen Ressourcen. In 2020 wurde das Verwaltungsnetz der Realschule Markt Schwaben angeschlossen und wird seitdem zusätzlich von der IT-Abteilung des Landratsamtes betreut. Das bedeutet konkret, dass nunmehr 5 zusätzliche Server, 30 zusätzliche PCs, 80 zusätzliche Telefone und gesamt ca. 50 bis 100 Personen zusätzlich betreut werden. Mit diesem Schritt stehen nunmehr alle kreiseigenen Schulen mit ihren Verwaltungsnetzen in der Betreuung des Landratsamtes.

Im Rahmen der Reauditierung Beruf und Familie wird das Ziel des Ausbaus der mobilen Arbeitsmöglichkeiten verfolgt. Die Möglichkeit einen mobilen Arbeitsplatz zu nutzen, belegt jedoch zusätzliche Ressourcen in der IT, die eigentlich dringend in der IT-Sicherheit benötigt werden. Pandemiebedingt wurden die Homeoffice-Arbeitsplätze von 75 auf annähernd 400 erweitert. Wenn diese mobilen Arbeitsplätze weiterhin genutzt werden sollen, verursacht das einen erhöhten Support-Aufwand und bedingt damit auch mehr Personal im IT-Betrieb.

Das SG 11 hat bis 30.06.2020 insgesamt 4.755 Stunden für die Bewältigung der Corona-Pandemie eingesetzt. Das sind 7% der Gesamtstunden (67.398) für das ganze Landratsamt. Durch die kurzfristige und massive Ausweitung der mobilen Arbeitsplätze auf annähernd 400 konnte der Dienstbetrieb auch in dieser Ausnahmesituation aufrechterhalten werden. Um diese Schlagkraft auch künftig bieten zu können und die Digitalisierung wie gewünscht voranzutreiben und vor allem auch die IT-Sicherheit zu gewährleisten, sind die notwendigen personellen Ressourcen unabdingbar. Die unten dargestellte Entwicklung der Jahresarbeitsstunden in der IT unterstreicht die Notwendigkeit der Erhöhung der Kapazität.

Produkt	2016	2017	2018	Ist 2019	Plan 2020
0111	12.190	15.330	16.690	16.760	20.440

Der steigende Aufgabenumfang wurde bisher mit Mehrarbeitsstunden aufgefangen. Bereits Ende 2019, also vor Corona, hatte jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin im Schnitt 127 Stunden an Mehrarbeit und Resturlaub auf dem Zeitkonto. Es wurde daher ein Handlungsfeld zum Abbau von Mehrarbeits- und Resturlaubsstunden im Controllingbericht 2019 festgesetzt, welche nur mit einer Erhöhung der Personalkapazitäten erreicht werden kann.

Die Besetzung der Stelle bindet in 2021 Personalkosten in Höhe von ca. **58.700 €**, bzw. **70.300 €** für eine ganzjährige Besetzung ab 2022.

1.1.3 Stelle 11.33 IT - Techniker für das Hausnetz

Die technischen Betriebsanlagen (Heizung, Lüftung, Strom usw.) sollen zukünftig digitalisiert werden, damit die Verbrauchs- und Energieinformationen (Temperatur, Feuchtigkeit, Vibration, Druck, Systemstatus, Energieverbrauch, Energiequalität, CO₂, O₂, u. v. m.) in Echtzeit abgerufen werden können. Das "Technik-Netz" wird in einer separaten Umgebung betreut und implementiert, da sich die Komponenten nicht in der internen "sensiblen" IT-Infrastruktur befinden dürfen. Um die Betriebsanlagen an ein Netzwerk anbinden zu können, muss der IT-Betrieb durch eine zusätzliche Stelle verstärkt werden. Die vielen zusätzlichen Netzwerkgeräte und die zusätzliche Thematik verursacht einen erheblichen Aufwand. Die Anbindung wird sich nicht nur auf das Hauptgebäude des Landratsamtes beschränken, sondern auch an allen Gebäuden des Landkreises vorgenommen, da sich hier auch "Technik-Netze" befinden. Speziell an den Schulen sind bereits provisorische Technik-Netze in Betrieb, die derzeit unzureichend betreut werden. Das Projekt wird vom Bayerischen Innovationsring koordiniert und unterstützt.

Wenn die technischen Betriebsanlagen in den Gebäuden des Landkreises Ebersberg digitalisiert werden sollen, dann sind hierfür zusätzliche Personalkapazitäten bereitzustellen. Das vorhandene Personal kann diese zusätzlichen Aufgaben insbesondere aufgrund der oben bereits dargelegten Überstundensituation im IT-Bereich nicht übernehmen.

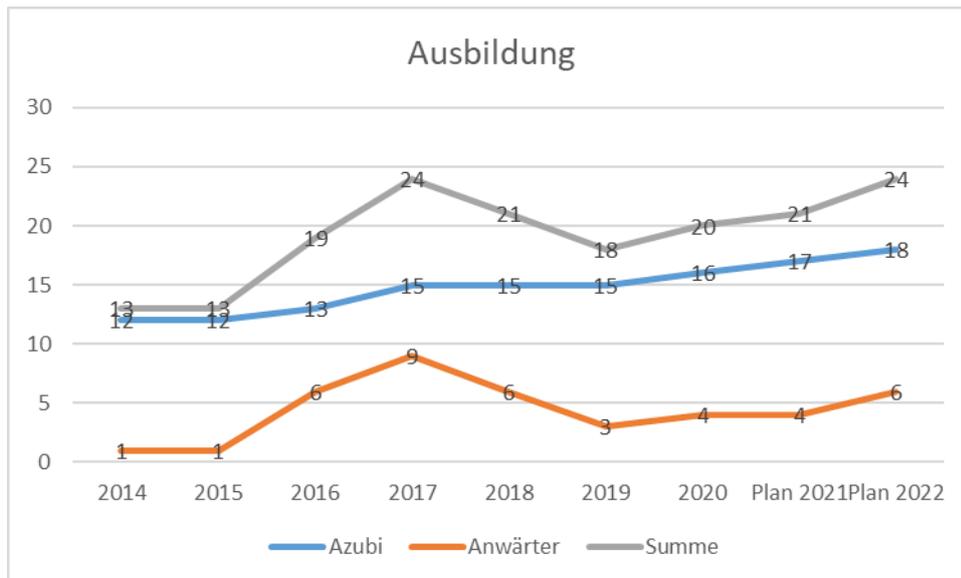
Die ganzjährige Besetzung der Stelle bindet Personalkosten in Höhe von ca. **75.480 €** In 2021 fallen voraussichtlich Personalkosten in Höhe von **63.000 €** an, die zu veranschlagen sind.

1.1.4 Stelle 12.14 Ausbildungsleitung (0,25 VZÄ)

Vom Personalservice wird eine Stelle für die Ausbildungsleitung beantragt. Diese soll jedoch nur mit 0,25 VZÄ besetzt werden. Hintergrund dieses Antrags ist, dass der jetzige Ausbildungsleiter, der für den ÖPNV mit 0,75 VZÄ und als Ausbildungsleitung mit 0,25 VZÄ eingesetzt ist, Mitte 2021 in den Ruhestand geht. Seine Nachfolge als Ausbildungsleitung soll mit 0,5 VZÄ anstatt bisher 0,25 VZÄ besetzt und ausschließlich dem Personalservice zugeordnet werden. Die Erhöhung um 0,25 VZÄ wird mit der gestiegenen Anzahl an Auszubildenden

und Beamtenanwärtern (siehe Tabelle) und den stetig steigenden Anforderungen an die Ausbildungsbetreuung begründet. Die Zahl der zu betreuenden Auszubildenden/ Änwärter stieg seit 2014 um 53,84 % (von 13 Azubi/Anwärter auf 20 bzw. 24 Azubi/Anwärter). Aufgrund der Altersstruktur in unserem Haus und des Fachkräftemangels gilt es verstärkt selbst auszubilden.

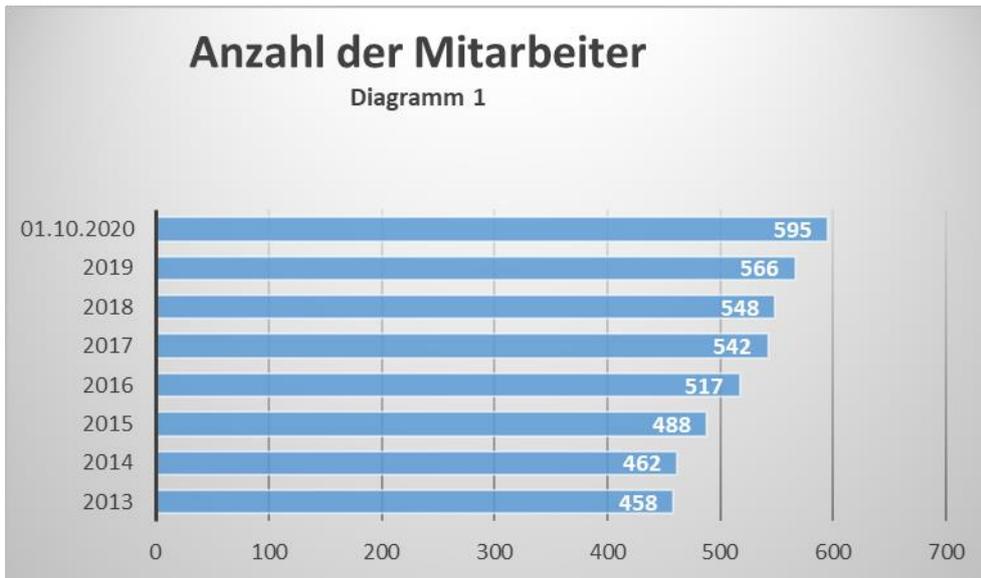
Die ganzjährige Erhöhung der Stelle um 0,25 VZÄ bindet zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. **18.450 €**. In 2021 fallen voraussichtlich Personalkosten in Höhe von **13.950 €** an, die zu veranschlagen sind.



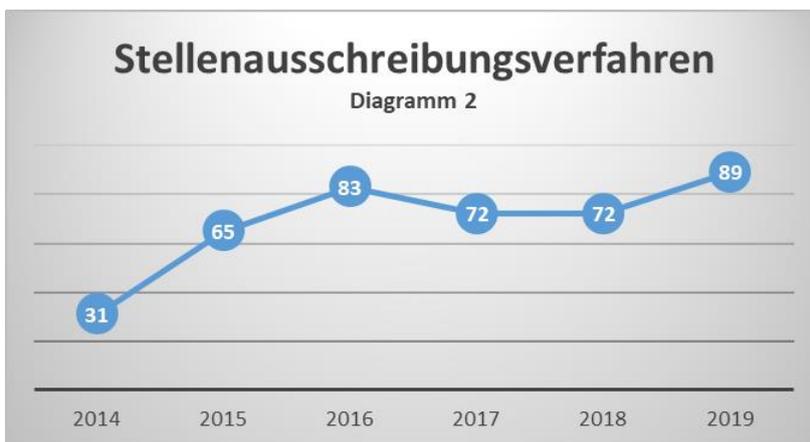
1.1.5 Stelle 12.15 Personalsachbearbeitung

Begründet wird der Antrag mit deutlicher Fallzahlensteigerung bei der Verwaltung und Betreuung des seit 2013 um knapp 30 % gestiegenen Personalkörpers. (siehe Diagramm 1)

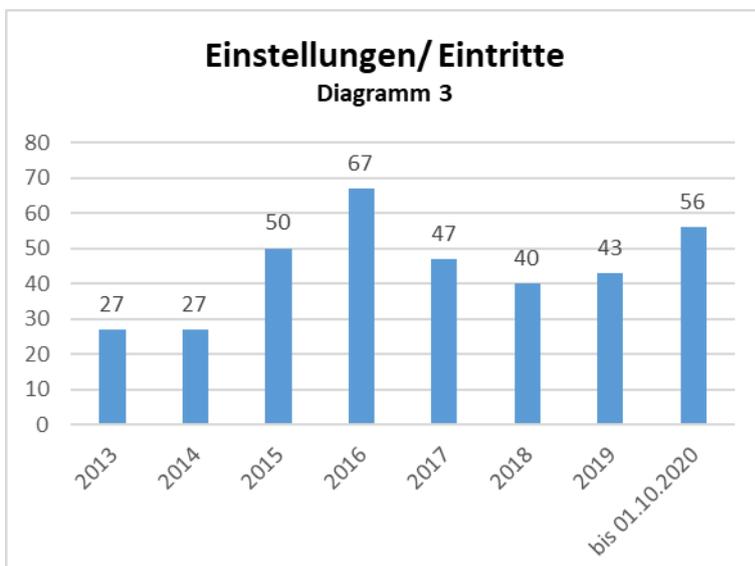
Erhebliche Fallzahlensteigerungen sind im Bereich der Stellenausschreibungsverfahren (siehe Diagramm 2) und damit einhergehend der Neueinstellungen (siehe Diagramm 3), der Entgeltabrechnung und der Stellenbewertungen (siehe Diagramm 4) zu verzeichnen.



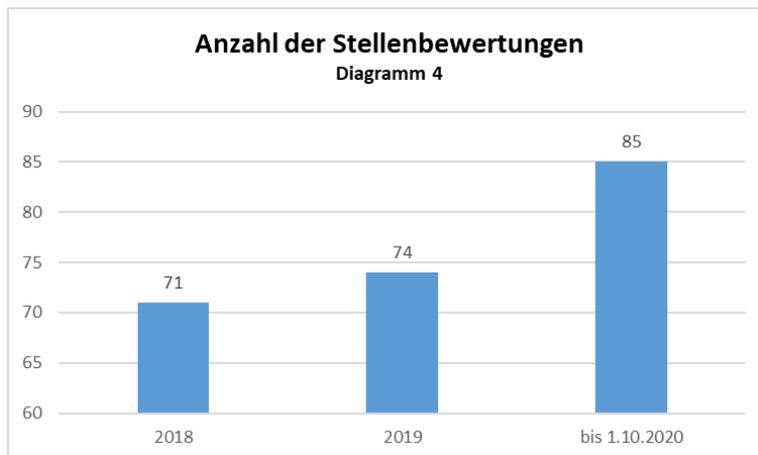
So erhöhte sich die Anzahl der Mitarbeiter seit 2013 um knapp 30 %, bzw. um ca. 4,3 % pro Jahr.



Bei den Stellenausschreibungsverfahren ist seit 2014 eine Zunahme der Fallzahlen um 280 % zu verzeichnen.



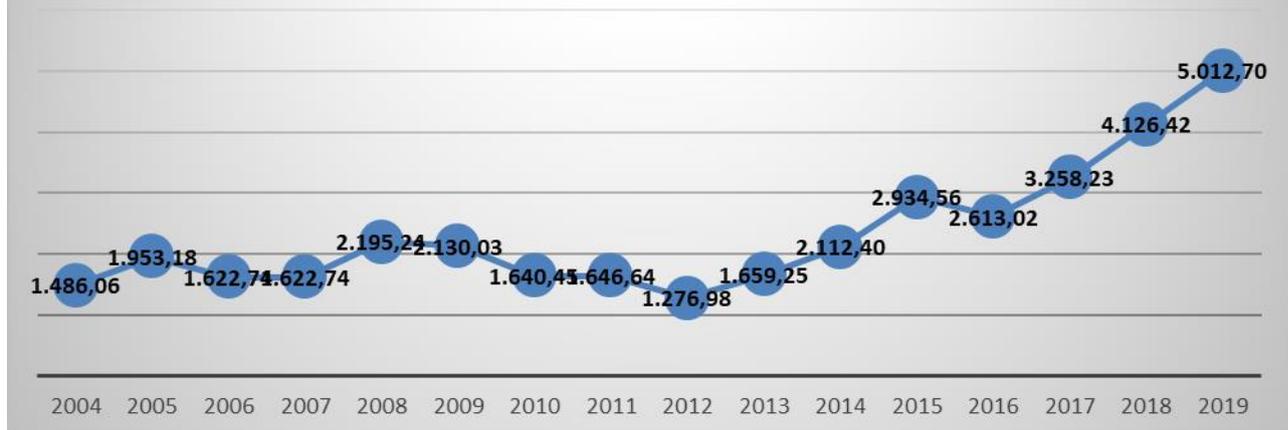
Insgesamt ist eine Verdoppelung der Fallzahlen bei den Einstellungen seit 2013 zu verzeichnen.



Laufend zusätzliche Aufgaben und Projekte, (z.B. Überarbeitung und Umwidmung der DV Telearbeit in DV Mobiles Arbeiten; Digitalisierung: Einführung der E-Personalakte; Einführung von Personalentwicklungsmöglichkeiten für Sozialpädagogen; Einführung einer Trauer- und Verlustkultur (DV Trauer); DV Telefonische Erreichbarkeit; Neue Beförderungsrichtlinien für Beamte; Umstellung Zeiterfassung und dadurch zeitgemäße Auswertungsmöglichkeiten; Einführung Landkreisspass, Einführung des Bürgerbüros verbunden mit stetiger Weiterentwicklung durch Übernahme zusätzlicher Aufgaben (Abwicklung der Verpflichtungserklärungen für das Ausländeramt) sowie Einführung eines Terminplanungsmoduls für das gesamte LRA etc). Dies führte bisher zu stetig steigenden Überstunden bei den Mitarbeitern des Personalservice. Die flächendeckende Einführung von Stellenbeschreibungen sowie die sukzessive Bewertung aller Stellen und das damit verbundene Konfliktpotential binden darüber hinaus noch viele Jahre erhebliche Personalkapazitäten.

Die Mehrarbeits-/Resturlaubsstunden aller Mitarbeiter im Personalservice sind von 2018 auf 2019 wiederum um 886,28 Stunden auf einen erneuten Rekordwert von 5.012,70 Stunden angestiegen. Zusätzlich sind im Jahr 2019 450 Mehrarbeitsstunden ausgezahlt worden. Unter Berücksichtigung der ausgezahlten Mehrarbeitsstunden errechnet sich nominal ein Anstieg von 1.336,28 Stunden bzw. einen Mehrarbeits-/Resturlaubsstundendurchschnittswert von 287,51 Stunden pro Mitarbeiter. Die Anzahl der von SG 12 geleisteten Überstunden entspricht einer 0,83 VZÄ-Kraft.

Resturlaub+Überstunden Personalservice



Die ganzjährige Besetzung der Stelle in 2021 bindet Personalkosten in Höhe von ca. **68.150 €**.

1.1.6 Stelle 54.1 Fachbereichsleitung Corona

Für das Sachgebiet „Corona“ innerhalb der Abteilung 5 (Gesundheitsamt) wird eine Stelle für eine zusätzliche Leitungsfunktion beantragt. Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie werden über den Freistaat Bayern 13 VZÄ „CTT-Ermittler“, 3 VZÄ Ärzte, 3 VZÄ Hygienekontrolleure, 4 VZÄ Sozialmedizinische Assistenten und 2 Verwaltungskräfte eingestellt.

Darüber hinaus unterstützen den Landkreis derzeit Bundeswehrsoldaten: 2 Abstrichtteams (2 Sanitäter+ 4 helfende Hände), weitere 4 helfende Hände zur Kontaktnachverfolgung, 5 Containment Scouts, 2 Epidemiologie Scouts und 1 Pandemie-Experte. Für das Diagnostikzentrum wurden zusätzlich ab 02.11.2020 weitere 6 helfende Hände beantragt.

Der Sachgebietsleitung sind folgende Teams unterstellt: „Team CTT“, „Team Medizinisches Personal“, „Team IfSG“, „Team Spezial /Einreise“ und das Diagnostikzentrum. Die Sachgebietsleitung wird derzeit kommissarisch von der Personalratsvorsitzenden mit der Arbeitszeit von 50% einer Vollzeitkraft ausgeführt. Da diese zeitlichen Kapazitäten aufgrund der steigenden Fallzahlen und der sich stetig ändernden Vorgaben bei weitem nicht ausreichen, wird eine Stelle für die Sachgebietsleitung im Stellenplan beantragt. Diese soll umgehend ausgeschrieben und in Vollzeit besetzt werden. Der Freistaat Bayern stellt keine Leitungskraft zur Pandemiebekämpfung. Daher ist diese Position durch den Landkreis zu besetzen. Das Zentrale Controlling unterstützt die Schaffung einer Stelle hierfür.

Die ganzjährige Besetzung der Stelle bindet Personalkosten in Höhe von ca. **78.780 €**.

1.1.7 Stelle 54.2 Sachbearbeitung Corona

Darüber hinaus wird eine Stelle für eine Verwaltungskraft beantragt. Diese soll mit 0,5 VZÄ als Leitung des Teams Spezial/ Einreise und mit 0,5 VZÄ für den Vollzug der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung besetzt werden. Die Teamleitungsaufgabe wurde bereits mit

einer Rückkehrerin aus der Elternzeit besetzt. Weitere 0,5 VZÄ werden für Bewältigung der Corona-Aufgaben benötigt. Das Zentrale Controlling befürwortet diese Stelle ebenfalls.

Die ganzjährige Besetzung der Stelle bindet in 2021 Personalkosten in Höhe von ca. **71.200 €**.

1.1.8 und 1.1.9 Stellen 6.84 und 6.85 Pflegestützpunkt des Landkreises Ebersberg

Der SFB-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 05.07.2018 den grundsätzlichen Beschluss gefasst, einen Pflegestützpunkt im Landkreis Ebersberg zu errichten.

Pflegestützpunkte bieten unabhängige Beratung in allen Bereichen der Pflege. Die Pflegeberater erfassen den individuellen Bedarf eines Menschen und vermitteln eine bedarfsgerechte Hilfe. Darüber hinaus agieren sie präventiv und bieten Hausbesuche an. Auch Gruppenvorträge sind möglich. Es ist geplant, an zwei Standorten vertreten zu sein, um eine bessere Bürgernähe zu gewährleisten. Gemäß dem Rahmenvertrag zu Pflegestützpunkten in Bayern stehen dem Landkreis Ebersberg nach dem Schlüssel von 1:60.000 2,38 VZÄ zu. Der SFB-Ausschuss hat dem KSA bereits am 11.03.2020 im Rahmen des Beschlusses zum Pflegestützpunkt empfohlen, eine Personalaufstockung bis zu 2,38 Stellen zu genehmigen. Im Jahr 2020 wurde lediglich eine Stelle besetzt. Die Erhöhung der Stellenanteile ist dringend erforderlich, da die Caritas die Beratungsleistung (mit bisher 0,8 VZÄ) bereits zum 01.05.2020 eingestellt hat. Eine dezentrale Pflegeberatung für den gesamten Landkreis ist mit der bestehenden Vollzeitstelle nicht leistbar.

Es bestehen keine Optimierungsmöglichkeiten, da aufgrund rechtlicher Vorgaben (Qualifikation zur Pflegeberatung nach §7a SGB XI) die übrigen Mitarbeiter des Teams Demografie nicht im Pflegestützpunkt arbeiten dürfen. Ferner sind sie mit den eigenen Aufgaben voll ausgelastet. Das zentrale Controlling ist mit der Erhöhung der Kapazität um 1,38 VZÄ ab 01.01.2021 einverstanden.

Die Stellen sollen mit einem Bachelor Pflege oder Pflegefachkraft mit Qualifikation zur Beratung nach §7a SGB XI (Pflegeberatung), Sozialarbeiter B.A., Dipl. Sozialpädagoge (auch mit Qualifikation zur Beratung nach §7a SGB XI) oder Fachangestellte für Krankenkassen besetzt werden. **Die Personalkosten muss der Landkreis Ebersberg aufgrund der Förderung der Pflegestützpunkte nur zu 1/6 selbst tragen.** Die ganzjährige Besetzung der beiden Stellen mit **1,38 VZÄ** bindet Personalkosten in Höhe von ca. **101.400 €**. Netto entstehen dem Landkreis jedoch für diese Stelle nur Kosten in Höhe von **16.900 €**. Für 2021 wurden lediglich Personalkosten in Höhe von **84.600 €** geplant. Nominal entstehen in 2021 nur **14.100 €**.

1.1.10 Stelle 13.39 Gebäudemanager

Für das Liegenschaftsamt wurde eine Stelle als Gebäudemanager beantragt. Begründet wurde der Antrag damit, dass die vielen neuen Projekte (Erweiterung Gymnasium Vaterstetten, Ersatzbau des Verwaltungstraktes an der Realschule Ebersberg, Masterplan Schulen, Erweiterung des Sonderpädagogischen Förderzentrums Grafing, EMAS) mit den vorhandenen Personalkapazitäten des technischen Personals nicht zeitrecht bewältigt werden können. Da sich aufgrund der bevorstehenden großen Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen

der Gebäudebestand damit auch auf Dauer vergrößern wird, besteht die Notwendigkeit eine weitere Stelle im Team Technik zu schaffen, um den Aufgaben auch zukünftig gerecht zu werden. Darüber hinaus sind eine steigende Anzahl an Aufträgen aus den politischen Gremien sowie auch der immer höheren Anforderungen an den Betrieb der Gebäude, z. B. Energieeinsparung und Klimaschutz zu bewältigen. Diese Stelle wurde bereits vom Controlling und der Abteilungsleitung zur Besetzung aus den Reservestellen freigegeben und soll nunmehr für den Stellenplan 2021 genehmigt werden.

Die ganzjährige Besetzung der Stelle bindet Personalkosten in Höhe von ca. **74.800 €**. Diese sind bereits im Haushalt 2021 eingeplant.

1.1.11 und 1.1.12 Stellen 33.18 und 33.19 Sachbearbeitung Corona / Rechtsvollzug Gesundheitswesen (Infektionsschutz)

Durch die Corona-Pandemie hat sich der Arbeitsaufwand im Rechtsvollzug des Gesundheitswesens erheblich erhöht. U. a. die Infektionsschutzmaßnahmenverordnung bedingt umfangreiche rechtliche Einschätzungen, Kontrollen und die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen. Mit dem aktuellen Personalstand ist dies nicht zu bewältigen.

Durch die Corona-Pandemie hat sich der Arbeitsumfang des Produkts 33.41 "Rechtsentscheidungen im Gesundheitswesen" stark dynamisch erhöht. 2019 wurden 1255 Jahresarbeitsstunden (0,78 VZÄ) aufgewendet. Mit Beginn der Pandemie wurden innerhalb kurzer Zeit 7 VZÄ (Vollzeitäquivalente) eingesetzt; anschließend konstant 4 VZÄ.

Gerade aufgrund der sich permanent verändernden Rechtslage im Bereich des Infektionsschutzes und den damit einhergehenden Anträgen und Anfragen ist eine dauerhafte Verstärkung dringend geboten. Hierbei sind sowohl die anspruchsvollen Rechtsfragen als auch die zeitintensiven Kontrollen bzgl. der Einhaltung von Hygienevorgaben zu berücksichtigen. Zudem ist der Rechtsvollzug im Bereich Corona häufig mit einem enormen Zeitdruck verbunden. Im Sachgebiet wurde eine Umverteilung auf andere Sachbearbeiter vorgenommen, was jedoch dazu geführt hat, dass wichtige Aufgaben nicht bearbeitet werden konnten (Personenbeförderungsberechtigt, Güterkraftverkehr, Reisegewerbekarten, etc.). Durch die Komplexität der rechtlichen Beurteilung sind leider Prozessoptimierungen kaum möglich.

Derzeit liegt eine schriftliche Überlastungsanzeige gegenüber der Abteilungsleitung vor. Mit der Schaffung einer weiteren Stelle könnte außerdem eine Kontinuität in der Aufgabenbearbeitung sowie in der Kommunikation mit dem Gesundheitsamt hergestellt werden.

Bereits seit Anfang 2018 arbeitet SG 33 zusammen mit Abteilung 5 an einem Konzept und den Rahmenbedingungen für gesundheitsrelevante Gefahrenlagen. Diese Aufgabe ist im Gesundheitsamt angesiedelt, doch beim Rechtsvollzug und der Umsetzung unterstützt SG 33 mit den Möglichkeiten des Katastrophenschutzes und auch des Rechtsvollzugs. Aktuell ist davon auszugehen, dass die rechtlichen Vorgaben hinsichtlich der Maßnahmen zum Infektionsschutz länger erhalten bleiben. Dies wird auch über das Jahr 2021 hinausgehen. Aufgrund der Erfahrungen mit der Ausbreitung von Corona ist zu erwarten, dass gerade auf diesem Sektor verstärkter Rechtsvollzug dauerhaft zu bewältigen ist.

Personalservice und zentrales Controlling unterstützen den Stellenantrag. Aufgrund des hohen Arbeitsdrucks wurden diese Stellen bereits aus den Reservestellen besetzt und werden daher für den Stellenplan 2021 beantragt.

Die ganzjährige Besetzung beider Stellen bindet Personalkosten in Höhe von ca. **140.740 €**. Diese sind ebenfalls bereits in den Haushalt eingeplant.

1.1.13 Reservestellen

Da die in 2020 besetzten Reservestellen mit dem Stellenplan 2021 als „ordentliche Stellen“ beantragt werden, bleiben die Reservestellen für den Stellenplan 2021 erhalten. Es werden darüber hinaus keine zusätzlichen Reservestellen beantragt. Wie aus den vergangenen Jahren ersichtlich, kann damit auf einen unterjährigen Anstieg von Fallzahlen oder auf Rechtsänderungen adäquat reagiert werden.

Diese Stellen sind formal dem Personalservice zugeordnet und werden nur bei Zustimmung des Controllings, der jeweiligen Abteilungsleitung dem jeweiligen Sachgebiet zugeordnet **Hierfür werden derzeit keine Haushaltsmittel im Personalhaushalt eingeplant.**

Bei Genehmigung der **9 befürworteten neuen Stellen, der 3 in 2020 auf Reservestellen besetzten und nunmehr neu beantragten Stellen** sowie der **Rückgabe von 3 Stellen im Asylbereich** ergibt sich für den Landkreis ab 2021 folgende neue Stellensituation:

	2020	2021	Differenz	Erläuterung
Beamte	33	34	+1	Ausweisung einer zusätzlichen Beamtenstelle, da Beamtenstellen auch mit Arbeitnehmern besetzt werden können.
Arbeitnehmer	353	361	+8	
insges.	386	395	+ 9	

1.2 Sonstige wichtige interne Änderungen gegenüber dem Stellenplan 2020:

Stellenänderungen	Beamtenstellen	AN-Stellen
Rückgabe der Stellen 6.84, 6.85,6.86	-0	-3
Umwandlung der Stelle 21.7 von einer Beamtenstelle A11 in eine Beamtenstelle A9 mD		

1.4 Rechtliche Bedeutung des Stellenplanes – Auswirkung auf den Haushalt:

Der anliegende Entwurf des **haushaltsrechtlichen Stellenplans 2021**, der Bestandteil des Haushaltsplanes 2021 wird, spiegelt den organisatorischen Stellenplan 2021 wieder. Hierin wurden die neu beantragten Stellen aufgenommen und **rot** gekennzeichnet.

Der Stellenplan ist rechtliche Voraussetzung für die Haushaltsplanung. Die Haushaltsplanung erfolgt jedoch nach der tatsächlichen Besetzung der jeweiligen Stelle. Mit Ausnahme der Reservestellen werden alle neu beantragten zusätzlichen Stellen bei der Haushaltsplanung 2021 in der o.g. Besetzung eingeplant.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv
- ja, negativ
- nein

Auswirkung auf Haushalt:

Im Haushalt 2021 sind zusätzlich Personalkosten wie folgt einzuplanen:

Stelle	Personal-kosten 2021	Im Haushalt 2021 neu zu veranschlagen	Personalkosten 2022 ff
Sachbearbeitung Protokolldienst	32.950 €	32.950 €	39.500 €
Support für Home Office	58.700 €	58.700 €	70.300 €
Techniker für das Hausnetz	63.000 €	63.000 €	75.480 €
Ausbildungsleitung	13.950 €	13.950 €	18.450 €
Personalsachbearbeitung	68.150 €	68.150 €	68.750 €
Fachbereichsleitung Corona im Gesundheitsamt	78.780 €	78.780 €	79.520 €
Sachbearbeitung Corona im Gesundheitsamt	71.200 €	71.200 €	71.830 €
Pflegestützpunkte (1,38 VZÄ entspr. 2 Stellen)	84.600 €	84.600 €	101.400 €
Gebäudemanager	74.800 €	0 €	75.480 €
Sachbearbeitung Corona / Rechtsvollzug Infektionsschutzgesetz (2 Stellen)	140.740 €	0 €	142.140 €
Brutto-Summe zusätzliche Personalkosten	686.870 €	471.330 €	742.850 €
Abzüglich Erstattung Bund für Pflegestützpunkt		70.500 €	
Nettobelastung Haushalt 2021		400.830 €	

Wie aus obenstehender Aufstellung ersichtlich sind bei Genehmigung der 12 Stellen (9 + 3 Reservestellen) für den **Haushalt 2021** Personalkosten in Höhe von **471.330 €** zusätzlich einzuplanen.

Für die in 2021 zurückgegebenen 3 Stellen waren im Haushaltsplan 2020 Personalkosten in Höhe von insgesamt **150.170 €** eingeplant. Die oben genannte Stellenbesetzung bindet im Haushaltsjahr 2021 Personalkosten in Höhe von 471.330 €. Unter Berücksichtigung der **Refinanzierung der Stelle „Pflegestützpunkte“ (70.500 €)** belasten den **Kreishaushalt in 2021** Kosten in Höhe von **400.830 €**.

Die nominale Haushaltsbelastung (unter Berücksichtigung der zurückgegebenen Stellen Asyl) beträgt 250.660 €.

II. Beschlussvorschlag:

Dem Kreis- und Strategiausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Die beantragten 12 neuen Stellen:

Stellen	Gesetzliche Grundlage	Refinanzierung	Haushalt 2021
Stelle BL.12 Sachbearbeitung Protokoll-dienst			32.950 €
Stelle 11.32 – Support der Home Office-Arbeitsplätze			58.700 €
Stelle 11.33 IT - Techniker für das Haus-netz			63.000 €
Stelle 12.14 Ausbildungsleitung			13.950 €
Stelle 12.15 Personalsachbearbeitung			68.150 €
Stelle 54.1 Sachgebietsleitung Corona			78.780 €
Stelle 54.2 Sachbearbeitung Corona			71.200 €
Stellen 6.84 und 6.85 Pflegestützpunkte		70.500 €	84.600 €
Stelle 13.39 Gebäudemanager			
Stellen 33.18 und 33.19 Sachbearbeitung Corona / Rechtsvollzug Gesundheitswesen (Corona)	IfSG		
Summe		70.500 €	471.330 €

werden genehmigt.

2. Es werden 3 Asylstellen eingezogen.

3. Im Haushalt 2021 werden zusätzlich Mittel in Höhe von 400.830 € bereitgestellt.

4. **Der haushaltsrechtliche Stellenplan 2021 des Landkreises wird auf Grundlage des vorgelegten Entwurfes verabschiedet. Die Beschlussfassung darüber erfolgt zusammen mit dem Kreishaushalt 2021.**

gez.

Margrita Schwanke-Berner